

Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen: Sicherheit muss für alle Menschen gelten



1. ordentlicher Diversitätsrat 2024

19. - 20.04.2024, Berlin

Gremium: Präsidium

Beschlussdatum: 04.04.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Hand in Hand: Was sind unsere Antworten auf die erstarkende Rechte?

Antragstext

- 1 Jeden Tag gehen wir gewohnte Wege, mit der Sicherheit, dass nichts passiert. Von Zuhause zur
- 2 Arbeit, zum Einkaufen, zum Lieblingscafé. Für die meisten Menschen in Deutschland ist das
- 3 zumindest eine Selbstverständlichkeit. Aber was passiert, wenn diese Gewissheit erschüttert
- 4 wird? Was bedeutet es, wenn das Sicherheitsversprechen des Staates nicht für alle Menschen
- 5 gleichermaßen eingelöst ist?
- 6 Das geschah bei den Opfern der Keupstraße, die durch eine Nagelbombe des NSU erschüttert
- 7 wurden, den jungen Menschen in Hanau, die in ihrem Stammcafé eine Shisha rauchten, den
- 8 Menschen, die in ihrer Unterkunft in Solingen Zuflucht suchten, oder denen, die in Halle
- 9 beten wollten. Es geschieht dort, wo Menschen auf Pride-Demonstrationen für ihre Rechte
- 10 eintreten und angegriffen werden.
- 11 Es ist eine Reihe von wiederkehrenden rechtsextremen und rassistischen Anschlägen, die
- 12 vielen Menschen in diesem Land Angst machen, sie ausgrenzen und entfremden. Die Anschläge
- 13 in
- 14 Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord
- 15 an Walter Lübcke - sie mahnen uns, zielgerichtet und konsequent gegen Hass und
- 16 Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Klar ist, dass jeder Mensch ein Recht auf körperliche und
- 17 geistige Unversehrtheit hat.
- 18 Das Ziel von Rechtsextremen ist, Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte, aber auch
- 19 Frauen und queere Menschen, einzuschüchtern und aus dem Alltag zu verdrängen. Unsere
- 20 laute,
- 21 vernehmbare Antwort darauf ist: Sie haben ein Recht auf einen sichtbaren Platz und
- 22 Sicherheit in diesem Land.
- 23 Die terroristischen Anschläge treffen unsere Gesellschaft bis ins Mark. Sie greifen auch das
- 24 Gewaltmonopol des Staates an und stellen damit eine Gefahr für die innere Ordnung unseres
- 25 Landes dar. Es ist unsere Aufgabe, diese Ordnung zu sichern und Menschenleben zu schützen.
- 26 Im Jahr 2023 gab es die höchste Rate an Anschlägen, die von Rechtsextremen begangen
- 27 wurden.
- 28 Auch das Treffen zwischen hochrangigen AfD-Politiker*innen, Neonazis, finanzstarken
- 29 Unternehmer*innen und einigen Mitgliedern der Werteunion und CDU, um über sogenannte
- 30 "Remigration" zu sprechen, hat uns abermals vor Augen geführt, dass der Rechtsextremismus

28 weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das
29 gesellschaftliche Miteinander in Deutschland ist. In unserer Gesellschaft ist rassistisches,
30 antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches Gedankengut schon sehr lange weit
31 verbreitet. Rechtsextreme setzen genau hier an, befördern Hass und Gewalt. Sie verschieben
32 die Grenzen des Sagbaren und damit auch des Machbaren.

33 Für die Monate des ersten Halbjahres 2023 lag die Zahl der erfassten rechtsmotivierten
34 Straftaten jeweils deutlich über denen der Vorjahre. Politik und Sicherheitsbehörden haben
35 auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent reagiert. Diese Zahlen weisen einmal mehr
36 darauf hin, dass rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für unser demokratisches
37 Zusammenleben sind. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu lange
38 nicht
39 konsequent reagiert. Es ist daher an der Zeit, diesem demokratischen Konsens Taten folgen zu
40 lassen und der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen oberste Priorität einzuräumen.
41 Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen - das sind die Forderungen der
42 Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlages in Hanau. Diese Forderungen müssen
43 von
44 uns Demokrat*innen konsequent vorangetrieben werden.

45 Es ist unsere Aufgabe, Rechtsextremismus, sowie die Ursachen von rassistischem,
46 antisemitischem und diskriminierendem Gedankengut zu bekämpfen. Wenn sich Menschen in
47 einem
48 Land nicht sicher fühlen, werden sie ausgegrenzt. Wenn Gerechtigkeit und Konsequenzen nicht
49 folgen, schwindet das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Nicht zuletzt sorgt das
50 dafür, dass sich Betroffene abwenden. Das schadet unserem demokratischen Miteinander. Wir
51 müssen Sicherheit gewährleisten, denn sie gilt unabhängig davon, woher ein Mensch kommt,
52 wie
53 er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Gleichzeitig müssen wir unsere Demokratie fördern und
54 sicherstellen, dass sich alle Menschen an ihr beteiligen können.

55 Daher wollen wir:

56 1. **Rechtsextreme Netzwerke in den Blick nehmen und konsequent verfolgen**

57 Wir müssen rechtsextreme Netzwerke stärker in den Fokus nehmen. Es gilt mehr denn je,
58 unsere
59 Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen zu erkennen und
60 sie
61 aufzulösen. Wir unterstützen sie weiterhin dabei, sich resilienter aufzustellen. Dazu zählen
62 insbesondere die **Finanzquellen**, auch im europäischen und internationalen Kontext. Denn die
63 rechtsextreme Szene hat sich über Jahrzehnte international vernetzt und Finanzstrukturen
64 aufgebaut. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden
65 verbessert werden, um ein entschlossenes Vorgehen gegen **Finanzierungsnetzwerke** zu
66 ermöglichen. Um die zunehmend international vernetzten Netzwerke zu stoppen, braucht es
67 eine
68 konsequente und gut abgestimmte polizeiliche sowie nachrichtendienstliche europaweite
69 Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen Standards.

70 Wir müssen außerdem noch konsequenter gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt eine
71 **konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden**. Die Evaluierung des Waffenrechts hat

erneut

65 deutlich gemacht, dass Verfassungsfeinde immer noch zu leicht legal an Waffen kommen. Wer
66 Mitglied einer verfassungsfeindlichen Gruppe ist, darf keinen Waffenschein halten und muss
67 seine oder ihre Waffen abgeben. Neben der Verschärfung des Waffenrechts braucht es in den
68 Ländern entsprechende Kapazitäten für Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und
69 Erlaubniswiderrufe.

70 Um rechtsextreme Straftaten mit allen Mitteln des Rechtsstaates zurückzudrängen, braucht es
71 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften**, die sich rechtsextremen Straftaten widmen und dafür
mit

72 ausreichend Personal ausgestattet sind, damit Verfahren sorgfältig und zügig geführt und die
73 Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden kann. Dort, wo nicht vollstreckte Haftbefehle gegen
74 Rechtsextreme vorliegen, müssen diese zügig und konsequent vollstreckt werden. Genauso
75 braucht es die Sensibilisierung mit entsprechenden Inhalten in der Aus- und Weiterbildung
76 von Jurist*innen

77 Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht mit beiden Beinen
78 auf dem Boden des Grundgesetzes. Rechtsextreme Vorfälle im Öffentlichen Dienst erschüttern
79 das **Vertrauen in unsere staatlichen Behörden** und schaden damit nicht zuletzt ihrem
Ansehen.

80 Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden. Die Reform des Disziplinarrechts war dafür
81 ein wichtiger Schritt. Nun muss dessen konsequente Anwendung sichergestellt werden und
82 weiter an der Einstellungspraxis, der Behördenkultur und der Weiterbildung gearbeitet
83 werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für alle Menschen verlässlicher und
84 vertrauensvoller Ansprechpartner sein. Es braucht deshalb auch verpflichtende und
85 regelmäßige diskriminierungskritische Weiterbildungen für Beamt*innen sowie weitere Studien
86 über das Ausmaß rassistischer und antisemitischer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen
87 bei den Sicherheitsbehörden. Die Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes, aber auch die
88 Schaffung von unabhängigen Polizeibeauftragten sind Bausteine zur Stärkung des Vertrauens.

89 Die AfD ist eine Partei, die unsere Demokratie verachtet. Nicht umsonst haben unsere
90 Sicherheitsbehörden schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als gesichert
91 rechtsextrem eingestuft. Ein **Parteienverbot** ist ein Instrument aus dem breiten
92 Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie, das unsere Rechtsordnung im Kampf gegen
93 verfassungsfeindliche Parteien ausdrücklich vorsieht - auch wenn es zu recht erhebliche
94 verfassungsrechtliche Hürden gibt. Unsere Verfassungsorgane müssen die aktuellen
95 Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und die Argumente eines Verbots sorgfältig prüfen und

96 aus den Erkenntnissen die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Auch die
Vorfeldorganisationen

97 der AfD dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei
98 der Vernetzung und Personalrekrutierung der rechtsextremen Szene. Deshalb stehen Vereine
und

99 Organisationen wie etwa die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Junge Alternative“ zu Recht
100 im Fokus der Sicherheitsbehörden. Mögliche Vereinsverbote sind ernsthaft zu prüfen.

101 **2. Unsere Institutionen widerstandsfähiger machen**

102 Verfassungsfeinde versuchen die Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie ins Wanken zu
103 bringen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir unsere Institutionen so aufstellen, dass sie
104 widerstandsfähiger und wehrhafter sind.

105 Um die **Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte** auch zukünftig abzusichern, müssen
diese
106 verfassungsrechtlich gesichert sein. So können beispielsweise die Organisation der Gerichte,
107 die Anzahl der Kammern, der Richterwahlmodus, und die Anzahl der Richter*innen und deren
108 Amtszeit unmittelbar in der Verfassung verankert werden.

109 Um die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, die Instrumente der wehrhaften
110 Demokratie umzusetzen, kann eine **Stabsstelle wehrhafte Demokratie**, die in einem
Ministerium

111 der Länder angesiedelt sein kann, sie dabei unterstützen und beraten. Es braucht einen
112 breiten Instrumentenkoffer zum Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen,
113 der ständig evaluiert und wo nötig ausgebaut wird.

114 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
115 bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir erleben aber gerade europaweit, dass diese
116 Werte der EU systematisch ausgehöhlt werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die
117 bestehenden **Rechtsstaatsinstrumente der EU** konsequenter und schneller genutzt und
118 weiterentwickelt werden. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier
119 lebenden Menschen Schutz bieten. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht
120 beschränkt, ist ihre Schutzwirkung, zumindest in den Mitgliedsstaaten, die keine
121 äquivalenten nationalen Grundrechte haben, bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Wenn
122 eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf
123 europäischer Ebene belangt werden können. Wir wollen außerdem das Recht auf
124 Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechte-Charta verankern. So verhindern wir, dass die
125 Errungenschaften der letzten Jahre von autoritären Kräften zurückgedreht werden.

126 3. **Betroffene schützen**

127 Neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen wir diejenigen unterstützen,
die

128 zur Zielscheibe von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung werden. Sie brauchen verlässliche
129 **Anlaufstellen**, die ihnen mit rechtlicher und psychologischer Beratung zur Seite stehen. Es
130 ist eine staatliche Aufgabe, diese nachhaltig und verlässlich zu finanzieren. Um Betroffene
131 auch im digitalen Raum besser zu schützen, muss das **Gesetz gegen digitale Gewalt** zügig
132 verabschiedet werden.

133 Es ist zudem unsere Aufgabe, einen würdigeren Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen von
134 rechtsextremen Gewalttaten und Terroranschlägen zu finden. Viel zu oft wurde in der
135 Vergangenheit über die Betroffenen geredet, statt mit ihnen zu reden. Wir sehen es als
136 Aufgabe des Staates an, **Opferhilfen und -entschädigungen** in angemessener Höhe schnell
und
137 unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

138 **Rassistische und antisemitische Straftaten** sollen umfassend statistisch erfasst werden.
Dazu

139 muss unter anderem die Statistik der politisch motivierten Kriminalität reformiert werden.

140 Die Themenfelder, aber auch die Kategorisierung von Fällen müssen einer wissenschaftlichen
141 Überprüfung unterzogen und entsprechend reformiert werden, um ein umfassenderes Bild über
142 die Kriminalitätssituation in Deutschland zu erhalten. Sicherheitsbehörden müssen für die
143 verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und
144 Queerfeindlichkeit sensibilisiert werden, um entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu
145 gewährleisten und verlässliche Ansprechstelle für Betroffene sein.

146 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es Politiker*innen
147 Journalist*innen oder Ehrenamtliche, müssen durch unseren Staat besser geschützt werden.
148 Deshalb gilt es jetzt, die geplante **Reform des Melderechts** anzugehen.

149 Wir wollen, dass sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen
150 Mitteln effektiv wehren können. Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** soll vor
151 Diskriminierung schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich
152 nicht ausreichend gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Wir
153 wollen das AGG überarbeiten, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich ausweiten.
154 Zusätzlich sollen Landesantidiskriminierungsgesetze in den Ländern eingeführt werden, um den

155 Schutz vor staatlicher Diskriminierung weiter zu stärken.

156 4. **Demokratie stärken**

157 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie steht von vielen Seiten unter Druck. Sie
158 muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische
159 Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die
160 für Demokratie, Vielfalt und Solidarität eintreten und entschlossen Rassismus,
161 Antisemitismus und Hass Paroli bieten, sind elementar für den Schutz unserer Demokratie.
162 Diese Arbeit müssen wir verlässlich finanzieren. Deshalb müssen wir jetzt schnell das
163 **Demokratiefördergesetz** einführen. In Zeiten des Rechtsrucks darf bei dieser elementaren
164 Säule einer wehrhaften Demokratie nicht gespart werden. Dadurch verbessern wir insbesondere

165 die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements
166 und schaffen mehr Planungssicherheit und Kontinuität.

167 Darüber hinaus müssen wir die **politische Bildung** für Menschen jeden Alters strukturell und
168 finanziell stärken und Strategien gegen Desinformation vermitteln. Denn indem wir die
169 Medienkompetenzen und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, machen wir
170 unsere

170 demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter resilienter.

171 Als Demokrat*innen müssen wir die **Brandmauer nach rechts** stärken und dauerhaft
172 aufrechterhalten. Jegliche Kooperation mit der AfD und anderen Demokratiefeinden ist eine
173 klare Absage zu erteilen. Auch einer Diskursverschiebung nach rechts stellen wir uns
174 entschieden entgegen. Alle Demokrat*innen sind in der Pflicht, die Grenzen zu
175 menschenfeindlichen Positionen auch inhaltlich aufrechtzuerhalten.

176 Gute **Präventions- und Aufklärungsarbeit** ist das beste Mittel, um Menschenfeindlichkeit
177 zurückzudrängen. Dafür brauchen wir auch einen europaweiten Erfahrungsaustausch
178 demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Außerdem muss die Bildungsarbeit
179 an Schulen oder Jugendeinrichtungen gestärkt werden.

180 Unsere Demokratie stärken wir auch, indem wir sicherstellen und aktiv fördern, dass alle
181 Menschen teilhaben können. Deshalb wollen wir ein **Bundespartzipationsgesetz** einführen
und
182 einen Partizipationsrat einrichten. Wichtige politische Entscheidungen sollen nicht über die
183 Menschen, sondern mit ihnen getroffen werden. Das gilt gerade auch für politische Parteien.
184 Als Partei haben wir uns dazu verpflichtet, unsere **Strukturen** inklusiver zu gestalten, damit
185 sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte einbringen. Die demokratischen Parteien
186 Deutschlands benötigen Strategien, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser
anzusprechen,
187 für politische Ämter zu fördern und ihre Perspektiven und Erfahrungen sichtbar zu vertreten.
188 Das fördert unser gesellschaftliches Miteinander.

189 5. **Aufklärung und Erinnerung vorantreiben**

190 Wir teilen den Wunsch der Hinterbliebenen und der Zivilgesellschaft nach **lückenloser**
191 **Aufklärung und Aufarbeitung** von rassistischen, antisemitischen und rechtsterroristischen
192 Anschlägen in Deutschland. Noch zu häufig bleiben die Hintergründe und mögliche Netzwerke
im
193 Dunkeln. Das bestehende Aufklärungsdefizit muss dringend und konsequent behoben werden.
194 Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, aus rechtem Terror die richtigen Konsequenzen zu
195 ziehen und die Erinnerung an die Taten nicht verblassen zu lassen. Das **NSU-**
196 **Dokumentationszentrum** und das Rechtsextremismus-Archiv können als Blaupause dienen
und
197 müssen in enger Abstimmung mit Betroffenen aller Opfergruppen und der organisierten
198 Zivilgesellschaft, zeitnah und langfristig umgesetzt werden. So ermöglichen wir es der
199 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und der Wissenschaft besseren Zugang zu Akten zu
200 erhalten und tragen damit zur Aufarbeitung von rechtsterroristischen Anschlägen bei.